№ 110. Sonnabend, den 12. Mai. 1860.

Abonnementspreis:
Jährlich: 5 Thlr. 10 Ngr. in Sachsen. ½ Jährl.: 1 „ 10 „ „ „ Monatlich in Dresden: 15 Ngr. Einzelne Nummern: 1 Ngr. } Im Auslande tritt Post- und Stempelzuschlag hinzu.

Inseratenpreis:
Für den Raum einer gespaltenen Zeile: 1 Ngr. Unter „Eingesandt" die Zeile: 2 Ngr.

Erscheinen:
Täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Abends für den folgenden Tag.

Dresdner Journal.

Verantwortlicher Redacteur: J. G. Hartmann.

Inseratenannahme auswärts:
Leipzig: Fr. Brandstetter, Commissionär des Dresdner Journals; ebendaselbst: H. Hübner; Altona: Haasenstein & Vogler; Berlin: Gaertner'sche Buchh., Retemeyer's Bureau; Bremen: E. Schlotte; Frankfurt a. M.: Jaeger'sche Buchhandlung; Köln: Adolf Bädeker; Paris: v. Löwenfels (25, rue des bons enfans); Prag: Fr. Ehrlich's Buchhandlung.

Herausgeber:
Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Marienstrasse Nr. 7.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,

die Annahme von nach Stationen der östlichen Staats-Eisenbahnen und der löbau-zittauer Bahn bestimmten telegraphischen Depeschen im Staatstelegraphenbüreau zu Dresden betreffend.

Nachdem das hiesige Staatstelegraphenbüreau auch mit denjenigen Stationen der östlichen Staats-Eisenbahnen sowie der löbau-zittauer Bahn, an welchen sich keine Staatstelegraphenbüreaus befinden, in Verbindung gebracht und hierdurch die Zulässigkeit gegeben worden ist, von ersterm aus nach den letztern telegraphische Depeschen unmittelbar zu befördern, so hat das Finanz-Ministerium beschlossen, zur Erleichterung des telegraphischen Verkehrs nach den bezeichneten Eisenbahnstationen bestimmte Depeschen in dem Staatstelegraphenbüreau allhier zur Beförderung annehmen zu lassen.

Die nach der Bekanntmachung der Direction der Staatstelegraphen vom 6. Februar lfd. Js. festgestellte Batengebühr für Bestellung einer Depesche vom Staatstelegraphenbüreau nach den Staats-Eisenbahnhöfen allhier kommt daher hiermit in Wegfall und es sind für Beförderung der obgedachten Depeschen auch bei deren Aufgabe im Staatstelegraphenbüreau lediglich die in dem Reglement vom 1. März 1858 für den internen Verkehr festgesetzten Beförderungsgebühren zu entrichten.

Es wird dies hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Dresden, den 30. April 1860.

Finanz-Ministerium 3. Abtheilung.

von Ehrenstein.

Dietrich.

Nichtamtlicher Theil.

Uebersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Zeitungsschau. (Nürnberger Correspondent. — Die Heidelberger Erklärung gegen Herrn v. Borries. — Neue Hannoversche Zeitung. — Allgemeine Zeitung.)

Tagesgeschichte. Dresden: Hoher Besuch. — Wien: Podestawahl für Venedig. Tagesbericht. — Prag: Hofnachrichten. Der Nothstand im Erz- u. Riesengebirge. Zur Ausführung des Gewerbegesetzes. Vermischtes. — Szegedin: Ueberschwemmung. — Berlin: Kammerverhandlungen. — Breslau: Graf Saurma verurtheilt. — Hannover: Aus den Kammerverhandlungen. Verfügung bezüglich der Vollstreckung der Todesstrafe. — Stuttgart: Berichtigung in der Bundeskriegsverfassungsangelegenheit. — Paris: Der Verzicht des Grafen Montemolin. Stellung des sardinischen Ministeriums. Garibaldi. Ein Buch des Fürsten Dolgorukoff. Vermischtes. — Turin: Ministerielles Programm. Abmarsch französischer Truppen. Toscanische Truppen auf päpstliches Gebiet gegangen. — London: Parlamentsverhandlungen. Pläne bezüglich der Türkei. — Stockholm: Die Krönungsfeier. — Konstantinopel: Truppenconcentrirungen.

Dresdner Nachrichten.

Provinzialnachrichten. (Postschappel.)

Feuilleton. Tageskalender. Inserate. Börsennachrichten.

Telegraphische Nachrichten.

Bern, Donnerstag, 10. Mai. Auf eine Anfrage Englands, ob es wahr sei, wie es die französische Regierung der englischen versichert habe, daß Preußen, Oesterreich und Rußland der Schweiz gerathen hätten, sich wegen der savoyischen Frage mit Frankreich direct zu ordnen, und nachdem Frankreich selbst fortgefahren, zu Separatverhandlungen zu verlocken, erklärte der Bundesrath, daß die französischen Behauptungen grundlos seien. Der Bundesrath beharrt auf Berufung einer Conferenz und hat die Vertreter der Eidgenossenschaft im Auslande zu gleichen Erklärungen beauftragt.

London, Donnerstag, 10. Mai. Die Bank von England hat heute den Disconto auf 4½ Procent herabgesetzt.

London, Freitag, 11. Mai. Ein Telegramm der „Morning-Post" bezeichnet das Gerücht, als habe Frankreich in Berlin Erklärungen wegen der Vermehrung des preußischen Kriegsbudgets verlangt, als unrichtig.

Die „Times" will wissen, ein englisches Geschwader kreuze zwischen Malta und Sicilien.

Dresden, 11. Mai.

Der „Nürnberger Correspondent" bringt in Bezug auf die mehrerwähnte Aeußerung des k. hannoverschen Ministers v. Borries über die Möglichkeit fremder Allianzen folgende Mittheilung:

„Diese Worte beziehen sich auf bereits vorliegende bestimmte Kundgebungen einer fremden Macht. Es hat nämlich Frankreich schon vor einiger Zeit in Hannover, und muthmaßlich auch an andern deutschen Höfen, in vertraulicher Weise eröffnen lassen, daß die kaiserliche Regierung nicht entfernt beabsichtige, sich in die innern Angelegenheiten Deutschlands in der Art einzumischen, daß sie einer etwaigen, wie immer gearteten, Umgestaltung der Bundesverhältnisse, sobald eine solche Umgestaltung durch die allseitige und freie Uebereinkunft der Bundesstaaten zu Stande gebracht werde, entgegenzutreten gedenke; dagegen erachte sie es, in Gemäßheit von Verträgen, welche einen integrirenden Theil des europäischen Rechts bildeten, für ihre Pflicht, an ihrem Theil dazu mitzuwirken, daß nicht, gleichviel aus welchem Grunde oder unter welchem Vorwande, eine Vergewaltigung einzelner deutscher Staaten Platz greife, und sie werde, wenn der eine oder der andere dieser Staaten sich außer Stande sehen sollte, mit eigener Kraft eine solche Vergewaltigung und Verletzung seiner ihm garantirten Souveränität abzuwenden, zu jeder Zeit, wo man ihre Intervention in Anspruch nehmen würde, für die ungeschmälerte Aufrechthaltung des territorialen und anderweitigen status quo eingetreten bereit sein."

Wir wissen nun allerdings nicht, welche Mittheilungen von Seiten fremder Mächte an die königliche Regierung in Hannover gelangen; was aber die königlich sächsische Regierung betrifft, so sind wir in der Lage, auf das Bestimmteste versichern zu können, daß bei derselben irgend eine, auf die innern Angelegenheiten Deutschlands bezügliche Eröffnung des kaiserlich französischen Cabinets nicht eingegangen ist, wie wir denn auch Grund haben, zu bezweifeln, daß in dieser Beziehung von Seiten Frankreichs überhaupt der Regierung eines deutschen Staates, die von Hannover nicht ausgeschlossen, eine Eröffnung gemacht worden ist. Die ganze Mittheilung des „Nürnb. Correspondenten" dürfte sich als aus der Luft gegriffen erweisen.

Die „Rhein-Lahn-Zeitung", welche in Wiesbaden die gothaischen Parteitendenzen vertritt, brachte aus Heidelberg vom 6. Mai folgende Nachricht:

„Heute hat sich hier eine Anzahl von Männern aus verschiedenen Theilen Deutschlands zusammengefunden zu einer vertraulichen Besprechung der jetzigen Lage und der neuesten Ereignisse. Von den dabei Anwesenden nennen wir die Herren v. Rochau, Welcker, Pagenstecher, Mittermaier II. von hier, Brater von München, Reyscher, Duvernoy, Hölder, Ammermüller und Tafel von Stuttgart, Metz von Darmstadt, Müller von Frankfurt, Lang von Wiesbaden, Streit von Koburg und v. Bennigsen von Hannover. — Gestern Abend ist in einer hier abgehaltenen und von hiesigen Notabilitäten zahlreich besuchten Versammlung eine Adresse an die Kammer in der kurhessischen Frage beschlossen worden."

Inzwischen haben die dort versammelten Nationalvereinsagitatoren auch eine sehr pathetisch gehaltene Erklärung gegen jene Aeußerung des hannoverschen Ministers v. Borries veröffentlicht, welche schon von preußischen Blättern zur willkommenen Zielscheibe „nationaler" Vorwürfe gegen die Mittelstaaten gemacht wurde. Es heißt in dieser, mit 23 Unterschriften (an deren Spitze der durch seinen preußischen Kaiserantrag aus der Frankfurter Nationalversammlung bekannte Herr Welcker aus Heidelberg steht) versehenen Erklärung:

„Das deutsche Volk ist entschlossen, keinen Fuß breit deutscher „Erde unter fremde Botmäßigkeit gelangen zu lassen; immer näher „rückt die Gefahr, mit welcher eine fremde Macht uns umstrickt; „immer tiefer und weiter verbreitet sich die Erkenntniß, daß nur „die einheitliche Leitung der militärischen Kräfte und der auswärtigen Politik die drohende Gefahr erfolgreich zu bekämpfen „vermag. Der deutschen Regierung, welche angesichts dieser Gefahr mit mannhaftem Entschluß, an der Spitze der im Parlament gereinigten Nation, für die Ehre, die Freiheit und die Macht „des Vaterlandes in die Schranken tritt, wird das deutsche Volk „mit Vertrauen die Vollmachten übertragen sehen, deren sie zur „Lösung ihrer Aufgabe bedarf. Die deutsche Regierung dagegen, „welche ihre Pflicht so schmachvoll vergessen würde, daß sie bei „auswärtigen Mächten einen Rückhalt suchte in Fragen der „nationalen Entwicklung, bei feindlichen Mächten Hilfe „suchte oder annähme zur Abwehr der Opfer, welche zu kraftvoller Bekämpfung dieser Feinde von ihr gefordert werden, eine „solche Regierung würde dem öffentlichen Urtheil und dem Schicksal verfallen, das Verräthern gebührt."

Offenbar verfolgte man in dieser Erklärung die Taktik, dem deutschen Volke glauben zu machen, in Deutschland drohe ein neuer Rheinbund, um auf diesem dunkeln Hintergrunde die nationalvereinliche Politik glänzen zu lassen. Wie das „deutsche Volk", so sind aber auch die deutschen Regierungen entschlossen, dem Feinde keinen Fuß breit deutschen Boden zu geben. Ja, noch mehr, sie haben im vorigen Jahre gezeigt, daß sie überhaupt von den deutschen Besitzungen keinen Zoll breit abgelöst haben wollen, während viele von den Herren Unterzeichnern dieser „Erklärung" mit einer Politik harmonirten, die noch vor wenig Wochen cynisch genug war, von einer deutschen Kammertribüne herab den Wunsch zu proclamiren, es möchten der deutschen Macht Oesterreich weite und reiche Provinzen verloren gehen. Wie das deutsche „Volk", so sind auch ferner die deutschen Regierungen überzeugt, daß nur eine „einheitliche" Leitung der militärischen Bundeskräfte Deutschland Sicherheit vor seinen Feinden geben wird, keine zweitheilige und dann auch leicht von zweitheiliger Politik angeführte Verwendung der deutschen Macht. Angesichts der gegenwärtigen Lage der Dinge von einem Parlamente eine vermehrte Sicherung Deutschlands zu erwarten, erscheint entweder als ein kleindeutscher, sehr plumper Köder für die Sympathien der demokratischen Parteien in den deutschen Staaten, oder als ein in dieser ernsten Zeit sehr übel angebrachter Scherz. In dem letzten Satze der Erklärung wird mit dem nöthigen Pathos die für die Nationalvereinszwecke wünschenswerthe Verleumdung in die Welt geschickt, als wenn es irgend einer deutschen Regierung einfiele, um die zur Sicherung Deutschlands nöthigen Kriegsopfer zu umgehen, sich mit dem feindlichen Auslande zu verständigen. Keine deutsche Regierung, auch die hannoversche nicht, hat durch ihre Politik oder durch Aeußerungen in Kammern und Presse gegründeten Anlaß zu einer solchen Verleumdung geboten. Die vielbesprochene Aeußerung des Herrn v. Borries in der Zweiten hannoverschen Kammer kann nur, indem man ihr eine sehr gewaltsame Ausdeutung giebt, von den gothaischen Parteiblättern und in der vorliegenden „Erklärung" als Beleg dafür citirt werden, daß einer deutschen Regierung der Gedanke beikomme, sich auf das Ausland zu stützen. Was Herr v. Borries aber wirklich sagen wollte, ist so klar, daß die ganze Parteibefangenheit der Nationalvereinsanhänger dazu gehört, um nicht einzusehen, daß der von ihnen angestrebte Bundesumsturz und die Vergewaltigung der deutschen Bundesstaaten das Signal zur Intervention des Auslandes, gleichviel, ob erwünscht oder nicht erwünscht, ob gerufen oder nicht gerufen, werden müßte. Wenn Alles drunter und drüber geht, wird auch die Intervention des Auslandes Deutschland aufgedrängt — und wo wäre dann noch die Kraft, der ungebetenen Einmischung zu widerstehen? An einem Vorwande zur Intervention würde es selbst in dem Falle, daß die deutschen Staaten sich ihre Vergewaltigung ruhig und ohne Anrufung der Garanten der Verträge von 1815 gefallen ließen, wahrlich fremden Mächten nicht fehlen, die geltend machen könnten, daß das deutsche Föderativband als ein wesentlicher Inbegriff des europäischen Gleichgewichts nur mit Zustimmung der übrigen Mächte umgestaltet werden könnte, und hat Frankreich schon Savoyen und Nizza erlangt, weil es sich durch einen Nachbarstaat, wie Piemont, bedroht glaubte, so würde wohl manche hunderttausend Fuß breit deutschen Bodens dazu gehören, Frankreich über die Umgestaltung Deutschlands zu einem Carlowitz-Binckle'schen „Einheitsstaate" zu beruhigen. Der Parteigedanke, Deutschland auf ganz oder halbrevolutionärem Wege umzugestalten, ist offen in der Berliner Kammer proclamirt. Man kann über die Gefährlichkeit und die Erfolge dieser Proclamation der Cavourisirung Deutschlands verschiedener Meinung sein. Während wir dieselbe ziemlich gering zu schätzen glauben mußten, mag man es aber auch dem Minister eines Staates, in dem die „nationalen" Parteiumtriebe sich sehr thätig zeigten, zu Gute halten, wenn er schwarzer sieht und deshalb die Möglichkeit der traurigsten Consequenzen des Bundesumsturzes als Abschreckungsmittel andeutete. Jedenfalls haben Diejenigen nicht das geringste Recht, den Herrn v. Borries wegen seiner Aeußerung zu verunglimpfen, welche sich nicht ganz rein wissen von der Theilnahme und Unterstützung bezüglich einer Parteipolitik, wie sie sich in den Berliner Kammerverhandlungen klar enthüllt hat. Von anderer Seite, wo man treu zum Bunde hält und sich wenig vor den Parteiumtrieben gegen denselben fürchtet, wäre es eher erklärlich, wenn die Aeußerung des Herrn v. Borries unangenehm berührt hätte, da sie, wie die gothaische Presse heute zeigt, zu den niedrigsten und gehässigsten Entstellungen der Politik der Mittelstaaten ausgebeutet wird. Der Politik der Eintracht Gesammtdeutschlands und der einmüthigen Verwendung der gesammten deutschen Kräfte, welche die Mittelstaaten verfolgen, kann wohl am allerwenigsten zum Vorwurf gemacht werden, daß sie hiermit eine „kraftvolle Bekämpfung des Feindes" hinderten, und daß sie die finanziellen, politischen und physischen Opfer zur rechten Zeit zu bringen verstehen, darüber hat das vorige Jahr Aufschluß gegeben. Ja, wenn doch die Anhänger des Nationalvereins das vorige Jahr aus der Erinnerung des deutschen Volkes streichen könnten! Was würden sie nicht darum geben, wenn sie bei der heutigen Lage der Dinge, welche die Politik der deutschen Regierungen im vorigen Jahre so glänzend rechtfertigt, anstatt sich dies im Stillen bekennen zu müssen, darauf hinweisen könnten, wie wenig bereit sich die Mittelstaaten im vorigen Sommer gezeigt hätten, das deutsche Interesse ernstlich zu verfechten!! Die Lage der Dinge redet zu ernst, um demjenigen noch viel Gehör zu verschaffen, welche in der obigen „Erklärung" den Versuch machen, sich vor dem deutschen Volke als wahrhaft national gesinnt zu rehabilitiren. Eine Partei, welche noch in den letzten Tagen mit grausamem Vergnügen und heitern Sinnes von deutschem Bruderkriege reden konnte und die Zerreißung Deutschlands, die Auflösung des deutschen Gesammtbundes als eine prächtige Politik beklatschte, ist jenem Schicksale bereits verfallen, mit dem jene Erklärung eine deutsche Regierung bedroht.

Wir hatten vorstehende Zeilen gestern eben niedergeschrieben, als uns eine telegraphische Depesche behändigt wurde. Was kann sie uns bringen? fragten wir uns. Vielleicht die Abhaltung der savoyischen Conferenz? Oder ein Votum des preußischen Landtags? Nein, etwas viel Wichtigeres: Im Frankfurter gesetzgebenden Körper (vgl. die gestrige Nummer) hat ein Herr Friedleben seine „Entrüstung" über Herrn v. Borries ausgesprochen! Wahrhaftig, die telegraphischen Depeschen sind mitunter recht theuer! Uns scheint, man sollte doch mit der Entrüstung etwas sparsamer umgehen und dieses inhaltschwere Wort nicht so leichtfertiger Weise abnutzen und abstumpfen. Geräth man schon über ein Wort in

Feuilleton.

Die öffentliche Gesundheitspflege, ihre Bedeutung und ihr Ziel.

(Schluß aus Nr. 109.)

In der Mehrzahl der Fälle reichen freilich blose Belehrungen nicht aus, weil hier das Verlangen und Wohl der Gesellschaft entweder mit der Unachtsamkeit und dem Leichtsinne oder selbst mit dem leidigen Egoismus in Conflict geräth, einem Egoismus, der sich oft nicht scheut, auf die gewissenloseste Weise die Gesundheit, ja, das Leben der Mitmenschen den offenbarsten Gefahren auszusetzen. Da muß nothwendig der Arm des Gesetzes eingreifen zum Schutze der Bürger des Staates vor solchen Schädlichkeiten. So sah die Regierung sich erst vor einigen Jahren genöthigt, die Verwendung des sogenannten Schweinfurter Grüns zum Färben von Tapeten und Rouleaux zu verbieten, weil bei Personen infolge des Abstäubens und der Zersetzung dieser, aus einer Verbindung von Arsenik und Kupferoxyd bestehenden Mineralfarbe die Erscheinungen von Vergiftung beobachtet worden waren. Niemand dachte damals daran, daß es die industrielle Speculation einmal so weit treiben werde, dasselbe Gift zum Färben von Kleiderstoffen, Bändern und künstlichen Blumen zu benutzen. Die jüngste Erfahrung hat aber gelehrt, wie die Schönheit und der Glanz jenes Grüns Veranlassung gegeben, es auch hierzu zu gebrauchen, indem man dasselbe in Pulverform mit Hülfe eines kleisterartigen Bindemittels einfach auf die Zeuche auftrug, und es mußte deshalb auch hiergegen sanitätspolizeilich eingeschritten werden.

Was in solchen und ähnlichen Beziehungen zur Sicherstellung einzelner Menschen geschah, das hat die allgemeine Gesundheitspflege in derselben Weise auch zum Schutze der großen Menge, ja, ganzer Bevölkerungen nach den verschiedensten Richtungen hin und je nach den speciellen Verhältnissen zu thun.

Es würde zu weit führen, sollte an diesem Orte Alles bis ins Detail erwähnt werden, was die Hygieine zu leisten im Stande ist, wenn sie namentlich den Handel mit Nahrungsmitteln streng überwacht und darauf sieht, daß nicht unreife, verdorbene und verunreinigte Feld- und Garten-Früchte verkauft, nicht die künstlichen Getränke mit schädlichen Substanzen versetzt werden, daß man zum Aufbewahren und Verpacken von Eßwaaren sich nicht metallener Gefäße bedient, in welchen sie mehr oder weniger giftige Beimischungen erleiden; wenn sie ihre Aufmerksamkeit auf die Befolgung zweckmäßiger Baugesetze, die nicht blos auf die Sicherheit vor Feuersgefahr, sondern vornehmlich auch auf die Güte und für die Gesundheit zuträgliche Einrichtung der menschlichen Wohnungen Bedacht nimmt, verwendet; wenn sie den Verwaltungsbehörden bei Anlegung der Straßen und Baumanpflanzungen, der Schleußen und Abzugscanäle berathend zur Hand geht; wenn sie für möglichste Reinerhaltung der Luft, für die Beschaffung guten Trink- und Wasch-Wassers in hinreichender Menge sorgt; wenn sie bei ausbrechenden Seuchen in Zeiten deren Quellen aufsucht und auf die Beseitigung ihrer Ursachen hinwirkt u. s. w. Für jetzt genüge es, einestheils die Größe und den Umfang der Aufgaben, welche ihr gestellt sind, andererseits die Wichtigkeit ihrer Durchführung in wohlgeordneten Verhältnissen des socialen Lebens angedeutet zu haben.

Ist nun auch ein jeder Privatarzt berufen, im engern oder weitern Kreise seiner heilkünstlerischen Wirksamkeit fortwährend über die Gesundheit seiner Klienten zu wachen, und besteht hierin sicherlich nicht der geringere Theil seiner Verdienste um dieselben, so sind es indeß vorzüglich die Bezirksärzte, die der Staat mit der Pflege und Handhabung der sich über das Ganze verbreitenden, allgemeinen und öffentlichen Hygieine betraut hat. Und in welch' würdiger Weise diese Sanitätsbeamten unsers Vaterlandes ihren Auftrag erfüllen, bedarf nicht erst hier einer rühmenden Anerkennung.

Je ausgedehnter aber und vielverzweigter das Gebiet ist, das sie zu bebauen, auf dem sie zu wirken und thätig einzugreifen haben; je mehr hierbei Alles von Erfahrungen im ausgedehntern Grade, von Vergleichungen der einzelnen Beobachtungen mit einander behufs ihrer gegenseitigen Würdigung und praktischen Verwerthung und darum von wechselseitigem Austausche der an verschiedenen Orten, unter verschiedenen Verhältnissen und in verschiedenen Bevölkerungsklassen gemachten Wahrnehmungen abhängt und auf sie sich zurückbeziehen muß, um im Allgemeinen und Großen einer ersprießlichen Anwendung der wissenschaftlich gewonnenen Resultate die Bahn zu öffnen: desto unabweisbarer stellt sich gerade auch hier die Forderung heraus, mit vereinten Kräften zu wirken und durch Austausch des sonst vereinzelten und dann leicht übersehenen oder auch gar nicht zur allgemeinen Verwerthung kommenden Materials die Grundpfeiler zu legen für den Aufbau einer Disciplin, die vor Allem berufen ist, dem Wohle der Menschheit zu dienen.

Wurde die Dringlichkeit dieser Anforderung schon längst gefühlt und geschah es in gerechter Würdigung der Verhältnisse, als die Bezirks- und Gerichts-Aerzte im Königreiche Sachsen vor einer Reihe von Jahren nicht allein zu einem sie persönlich und geschäftlich einander näher führenden Verein zusammentraten, sondern auch ein wissenschaftliches Organ in ihrem „Magazin für die Staatsarzneikunde" begründeten, so darf man sich wohl auch der Hoffnung hingeben, daß diese Sanitätsbeamten in Zukunft, je mehr die ihnen vorschwebende Idee einer in allen Theilen organisch durchbildeten Gesundheitspflege zur Entwickelung und Reife gelangt, und je heller das Ersprießliche ihres Wirkens und Schaffens ans Licht kommt, in ihren Bestrebungen sich einer um so wohlwollendern Unterstützung von Seiten der Behörden zu erfreuen haben und auch im großen Publicum immer weniger und weniger auf Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen werden bei der Verfolgung ihrer gemeinnützigen Zwecke.

J. Siebenhaar.

Literatur. In neuerer Zeit hat sich eine besondere überseeische Literatur ausgebildet, welche ihre Berechtigung hat und unsre lebhafteste Theilnahme erweckt, indem sie uns ungeahnte Gegenden, fremde Menschen und Zustände, den Kampf einer werdenden, ringenden Cultur mit einer noch wilden, ursprünglichen Natur schildert und die Befruchtung unsrer Einbildungskraft mit der Bereicherung unsrer Kenntniß verbindet. Der Drang, auf eine roh stoffliche Weise zu unterhalten, hat aber dahin geführt, die uns fremde Welt in abenteuerlichster Weise auszubeuten. Man häuft Alles zusammen, was schrecklich und entsetzlich ist, und ohne auf die Möglichkeit des Erzählten noch irgend Bedacht zu nehmen, kümmert man sich nicht um den Verstand des Lesers, sondern attakirt nur noch seine Nerven. Scalpirende Indianer, Prairieräuber, wunderbare Jägerhelden, unheimliche Schufte aller Art, wilde Thiere, Prairiebrände ꝛc. bilden einen wahren Urwald von Abenteuern, durch deren Wirrniß man hindurchgeführt wird und von gewöhnlichen Menschenhänden nur das Unglaublichste und Ungeheuerlichste in allerlei Kämpfen verrichten sieht. Gerade die sichere Specialkenntniß des Terrains wird von vielen Schriftstellern gemißbraucht, um, hierauf gestützt, zur forcirtesten Unwahrheit und Fälschung vorzuschreiten, und dazu gesellt sich